

waltigen Stürme der Zeiten glänzend überstanden. Die Verluste, die die Revolution mit sich gebracht hatte, sind nunmehr vollkommen wieder wettgemacht. Mit seiner Mitgliederzahl hat er den Vorkriegsstand von über 200 000 wieder erreicht. Ausgetretene Vereine suchen abermals den Anschluss an den Bund, neue Vereine erklären ihren Beitritt, in allen Vereinen wächst die Mitgliederzahl ständig. Das erfreuliche Zeichen des Zuwachses ist die Tatsache, daß unter den neu zuströmenden Kameraden das junge Element der Feldzugsteilnehmer in erdrückendem Maße überwiegt. Die Teilnehmer am Weltkrieg finden also in den Reihen der Militärvereine auch die Gelegenheit, ihre Feldzugserinnerungen mit Gleichgesinnten auszutauschen. Im Juli wird der Sächsische Militärvereins-Bund seine goldene Jubelfeier begehen können. In den Zweigen seines mächtigen Baumes blühen waterländisches Leben, Sinn für die Tradition des sächsischen Heeres, alter Soldatengeist, praktisch angewandte Kameradschaft und treue Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegervitwen, Kriegereatern und Kriegeswaisen in schönstem Zusammenwirken.

(Schülermonatskarten für Lehrlinge.) Vom 1. Mai 1923 an erhalten Schülermonatskarten zwischen Wohnort und Ort der Lehrstätte alle Lehrlinge, die auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages in der Lehre stehen und das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben. Auf dem bei den Fahrkartenausgaben zu laufenden Antrag auf Ausfertigung von Schülermonatskarten muß der Lehrherr bescheinigen, wie alt der Lehrling ist, welchen Beruf er erlernt und daß ein schriftlicher Lehrvertrag auf eine bestimmt anzugebende Zeit geschlossen ist. Die für den Wohnort des Lehrherrn zuständige Landesvertretung (Gewerbe- oder Handelskammer, Landeskulturrat, Ausschuss für Gartenbau beim Landeskulturrat) oder die untere Verwaltungsbehörde hat zu bescheinigen, daß die Angaben richtig sind und daß ihr der Lehrvertrag vorgelegen hat. Ueber die Stellen, die als untere Verwaltungsbehörden in Frage kommen, erteilen die Fahrkartenaufgaben Auskunft.

Friedersdorf. (Baumfrevel.) Bei einem hiesigen Gutsbesitzer sind in den Nächten zum 19. und 23. April insgesamt 11 Apfelbäumchen teils abgebrochen oder mit einem scharfen Messer angeknitten worden, sodaß letztere ebenfalls noch eingehen werden. Der entstandene Schaden ist ein ziemlich erheblicher. Der Geschädigte hat auf die Ermittlung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt, die derjenige erhält, der Angaben machen kann, durch die der Täter ermittelt und seine Bestrafung erfolgen kann. Es handelt sich um einen Raubeakt. Hoffentlich gelingt es bald, den Täter zu ermitteln. Die Tat ist ein Akt unglaublicher Rohheit und Feigheit.

Ramenz, 23. April. (Beurlaubt.) Herr Bezirksarzt Reg.-Med.-Rat Dr. Baarmann in Ramenz ist von 29. April bis mit 9. Mai ds. Js. beurlaubt. Seine Stellvertretung erfolgt durch Herrn Bezirksarzt Reg.-Med.-Rat Dr. Sauer in Baugen.

Elstra. (Unentgeltliches Brennmaterial.) Herr von Sellhoff hat der Stadt in anerkanntem Wert 11 rm Brennknüttel und 23 rm Reisig unentgeltlich überwiesen. Aus dieser Zuwendung konnte die Stadt 18 armen Familien die Sorge für das so notwendige Brennmaterial abnehmen. Vielleicht gelingt es unserer Stadtverwaltung auch noch, Brennholz zu angemessenen Preisen kaufen und in kleineren Posten an unterbemittelte Familien abgeben zu können.

Radeberg. (Tafelglas gestohlen.) Von einem Lagerplatz wurden in der Zeit vom 29. März bis 5. April drei Kisten Tafelglas im Werte von 1 Million Mark gestohlen. Die Kisten sind „RGV“ gezeichnet.

Dresden. (Die 7. außerordentliche Landesynode) wird heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr im Gemeindefaal der Kreuzkirche zu Dresden nochmals zusammengetreten, um zur Erledigung der bereits vorbereiteten Vorlage zum Kirchengesetz, betreffend die Befolgung der Geistlichen und die Verwaltung der geistlichen Beihen zu schreiten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern.

Dresden. (Eine Lehre für die Arbeiter Sachsen.) An die Arbeiterschaft Rheinlands und Westfalens verbreitet der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die höchste Instanz der freien Gewerkschaften, einen Aufruf, der uns im Original vorliegt, und in dem es u. a. heißt: Die kommunistische Partei fordert in ihrer Presse und in Flugblättern die Arbeiterschaft auf, Betriebshundertschaften zu bilden. Diese sollen entsprechend bewaffnet werden und den gewalttätigen Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Die Parole der Kommunisten ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. Die Kommunisten wissen, daß ihre Parolen bei den Arbeitern keinen Anklang finden. Sie versuchen deshalb dieselben zu tödnen, indem sie ein sogenanntes Wirtschaftsprogramm aufstellen, von dem sie wissen, daß es unmöglich verwirklicht werden kann, auch dann nicht, wenn die von den Kommunisten geforderte Arbeiterregierung am Ruder wäre. In Rußland ist die Regierungsgewalt vollständig in den Händen der kommunistischen Partei. Nirgends ist aber die Not und das Elend größer als in Rußland. Warum verwirklicht man dort die Forderungen der Kommunisten nicht? Weil es eben aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist.

Dieses Wirtschaftsprogramm ist nichts anderes als ein Aßder, womit man die Arbeiterschaft und vor allem die Betriebsräte gewinnen will, um sie vor den Parteikaren zu spannen. Die Kommunisten unterstützen mit ihren Parolen und Machenschaften den französisch-belgischen Militarismus und Imperialismus, den Todfeind jeder Arbeiterbewegung. Sie bereiten dem Faschismus den Weg zur Herrschaft, wie sie es in Italien und Frankreich getan haben.

Dresden. (Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages.) In der letzten in Dresden abgehaltenen Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages wurden wiederum eine große Anzahl wichtiger Gemeindefragen behandelt. Gegen die Entwürfe eines Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 6. Juli 1922 über die Wohlfahrtspflege werden vom Standpunkte der allgemeinen Gemeindeverwaltung, vor allem hinsichtlich der Kosten- und Organisationsfrage, die schwersten Bedenken erhoben. Zu dem neuen Wohlfahrtspflegegesetz wird betont, daß der Entwurf solange als verfehlt angesehen werden müsse, als nicht die zu erwartende reichsrechtliche Regelung des gesamten Fürsorgewesens und die ebenfalls für eine nahe Zukunft bevorstehende Änderung des Unterstützungswohnstättengesetzes vorliegen. Die vorgesehene Erstattung von 1/2 des Aufwandes an die Pflegebezirke wird als ungenügend bezeichnet und die Uebernahme der Hälfte der den Gemeinden entstehenden Aufwendungen der gesamten Wohlfahrtspflege durch den Staat gefordert und der weiteren Voraussetzung, daß den Gemeinden für die Unterbringung Hilfsbedürftiger in den staatlichen Anstalten wie bisher so auch in Zukunft nur die Tariffikale dieser Anstalten berechnet wird. Nachdrücklich Einspruch wird ferner erhoben gegen die in dem Entwurf enthaltenen ungerechtfertigten Einschränkungen der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden. Auch ist eine Ersatzausführung der unterhaltspflichtigen Angehörigen bei den außerordentlich gesteigerten Aufwendungen der Gemeinden (ein Kranter verursacht zurzeit eine jährliche Ausgabe von rund 2,1 Millionen, ein Krüppel von rund 1,5 Millionen) auch in der Wohlfahrtspflege unerlässlich. Das Ministerium des Innern hat die Gemeindeaufsichtsbehörden angewiesen, die vom Sächsischen Gemeindefrage aufgestellte Rubrikordnung für dauernd beschäftigte Angestellte solange nicht zu genehmigen, als ihr nicht eine Beitragsleistung der Angestellten, wie sie bei den Gemeindefragen für die Rubriklohnvergewährung eingeführt ist, in Höhe von 2 1/2 % der Vergütung vorgelegen ist. Gegen diese Auffassung des Ministeriums wird Einspruch erhoben. In der vom Ministerium des Innern am 5. Juli erlassenen Verordnung über Tanzvergügen ist gesagt, daß der Zutritt Personen vor vollendetem 16. Lebensjahre verboten ist. Es hat sich als dringend notwendig herausgestellt, daß fortbildungsschulischen Personen der Besuch öffentlicher Tanzvergügen allgemein unterlag wird, wie dies früher der Fall war. Die Regierung soll um entsprechende Abänderung der Verordnung ersucht werden.

Dresden. (Der Kartoffelpreis.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 23. April 1923 einen Erzeugerpreis von 2200 Mark bis 2500 Mark für weiße, rote und gelbfleischige Sorten notiert.

Radeberg. (Fahrlässige Tötung.) Der hiesige Naturheilkundige Kult. Neumann, der eine ausgedehnte Praxis hat, wurde vom Dresdner Landgericht wegen fahrlässiger Tötung einer an Blutung leidenden Frau zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. (Jugend von heute.) In dem Osterbericht der Zeitung der hiesigen Mädchenberufsschule heißt es u. a.: Schwere Klagen wurden von Lehrern und Lehrerinnen der Fabrikarbeiterklassen über das unbotmäßige Verhalten vieler Schülerinnen geführt. Frechheit und Ungehörigkeit wurden gewöhnlich als Gründe für die Einträge in das Strafbuch angegeben. Unhaltbare Zustände ergaben sich besonders vor dem in die Abendzeit fallenden Schluß dieser Klassen. Junge Burschen sammelten sich des öfteren vor dem Schulhause an, pfliffen, riefen die Namen mancher Mädchen und störten so den Unterricht, nach dessen Beendigung sie die Mädchen vom Schulhause begleiteten. Die polizeiliche Aufsicht brachte keine dauernde Hilfe.

Schnitz. (Höhlenbewohner.) In den stillgelegten Steinbrüchen unterhalb des Gasthofes „Zum stillen Fels“ hatte sich in einer alten verlassenen Schmiedehütte ein Bärchen eingenistet, das dort schon schon tagelang ein Robinsonleben primitivster Art geführt hatte. Die Polizei nahm die beiden Leute, die keinerlei Ausweispapiere bei sich führten, fest.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. April. (Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank.) Wie die Telegr. Anton hört, hat das Direktorium der Reichsbank beschlossen, den Diskontsatz von 12 auf 18 % und den Bombardsatz von 13 auf 19 % zu erhöhen. — Die B. S. schreibt hierzu: Der Zweck und die Ziele einer solchen Maßnahme liegen auf der Hand. Die Reichsbank will durch eine weitere Kreditverknüpfung nach Möglichkeit die Spekulation, besonders in ausländischen Zahlungsmitteln, eindämmen. Dieser Zweck wird er-

reicht, wenn das Halten von Devisen sich so sehr verteuert. Es ist interessant, daß die erwartete Diskontserhöhung sich bereits am Devisenmarkt des heutigen Vormittags ausgewirkt hat.

Berlin, 23. April. (Die Gewerkschaften über Verhandlungen, Fortsetzung des passiven Widerstandes und Angebot der Regierung.) Aus der Besprechung des Kanzlers und des Außenministers mit den Gewerkschaften aller Richtungen weiß der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ noch zu erzählen: Uebereinstimmend wurde von den Gewerkschaftlern der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der passive Widerstand an der Ruhr bis zu einem erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Konfliktfortgesetzt werden müsse. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, die Regierung möge alles tun, was uns dem Ziele der Abwehr, der Entsetzung des Ruhrgebietes, näherbringt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Ufa gaben dem Reichskanzler und dem Außenminister noch Kenntnis von dem Ergebnis ihrer letzten Bundesausschussitzungen, welche mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Meinung waren, daß der Augenblick gekommen sei für ein Angebot der Regierung. Aus dem Verlauf der Besprechungen ergab sich der Eindruck, daß auch die Reichsregierung die augenblickliche Situation im Verhältnis zur Lage in der vergangenen Woche insbesondere auf Grund der Rede des englischen Außenministers als geändert betrachte.

Berlin, 23. April. (Eine halbamtliche Stellungnahme.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Wie wir hören, betrachtet die Reichsregierung die Rede Lord Curzon als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung ist in Erwägungen darüber eingetreten, welche Folgerungen sich daraus ergeben.

Berlin, 23. April. (Eine Protestnote gegen die Ausweisung des Fürsten Hatzfeld.) Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine Note der Reichsregierung übergeben worden, in der gegen die von der internationalen Rheinlandkommission verfügte Ausweisung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Fürsten von Hatzfeld, Verwahrung eingelegt wird. Die Beseitigung des Reichskommissars wird als eine weitere Etappe in dem Befehlen völliger Willkür bezeichnet, die in den von der Rheinlandkommission in den letzten Monaten getroffenen Maßnahmen im besetzten Rheinlande herrscht.

(Lügenheld Dorten.) Der jüngste Aufenthalt des Führers der rheinischen Reparationisten, des Hochverrätters Dr. Dorten, in Paris ist ein herabgeworfener Erfolg gewesen, daß dieser Herr in seiner Gesundheit ernstlich gefährdet erscheint. Es ist allerdings auch zu verstehen, daß es für ihn ein harter Schlag war, diese Reise nach der Seelandschaft mißglücken zu sehen, auf die er seine letzte Hoffnung gesetzt hatte. Man nahm ihn einfach nicht mehr ernst, und waren ihm zuerst seine Hoffnungen zu Kopf gestiegen, so ist es jetzt der Zusammenbruch all seiner „hochfliegenden“ Pläne. Wie gesagt, Herr Dorten ist krank, schwerkrank, und zwar scheint die Krankheit ihm aufs Gehirn geschlagen zu sein. Er liegt nämlich jetzt, liegt so pathologisch, daß man darüber nachgerade den Kopf schütteln muß. Vor weniger Tagen hatte er erst das unflüchtige Gesicht in die Welt gesetzt, ein englischer General habe ihm 20 Millionen Pfund Sterling angeboten, um die Vorratung des Rheinlandes zu bewerkstelligen. Man lacht darüber in London, lacht in Paris und auch in Berlin, und nun verfährt Herr Dorten auf einen anderen Gedanken. Er läßt durch die Ece Nouvelle ein angebliches Geheimdokument des hannoverschen Landtagsabgeordneten Dannenberg veröffentlichen, indem dieser ihm die Zustimmung des größten Teiles der Bevölkerung der Provinz Hannover zur Vorratung des Rheinlandes bei Besetzung Deutschlands durch die Franzosen bis zur Elbe, möglicherweise auch Berlins, zusichert. Es genügt, hinzuzufügen, daß Herr Dannenberg dies als die frechste Lüge bezeichnete, die er je erlebt habe.

(Neue Vermittlungs-Bemühungen in England?) Nach der „Evening News“ hat die englische Regierung abermals durch den deutschen Botschafter in London sowohl wie durch den englischen Botschafter in Berlin gegenwärtig der deutschen Regierung dringend den Rat erteilt lassen, daß sie sich zur Erfüllung der Reparationen bereit erklären solle, wobei sie jedoch die Befreiung unbedingt auch durch Garantien bedien müsse. Man habe Grund zu der Annahme, daß Deutschland diesem Rat bereits in den nächsten Tagen folgen werde.

(Vertärkte Truppenübungen der Reichswehr.) In diesem Sommer und Herbst werden die Truppenübungen der Reichswehr auf den Truppenübungsplätzen wesentlich für die Zeit dauern als in den Jahren vorher. Es werden in diesem Jahre im allgemeinen drei Wochen nicht überschritten. Der Grund ist in der schlechten Finanzlage des Reiches und den Kosten der Truppenübungen zu suchen. Die einzelnen Truppenteile sollen deshalb auch nicht mit der Bahn in das Übungsgelände befördert werden, sondern diese im Fußmarsch erreichen.

England.

London, 23. April. (Curzon dementiert.) Lord Curzon dementierte in einer Rede in der ersten Sitzung des Reichstages die Gerüchte von den Demissionen